



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Letzten Freitag ist die Herbstsession 2025 der eidgenössischen Räte zu Ende gegangen. Das für mich intensivste Geschäft in dieser Session war der Beschleunigungserlass, der nach langer Beratung nun endlich abgeschlossen werden konnte. Daneben hat das Parlament in der Schlussabstimmung 26 weitere Vorlagen final verabschiedet. Gerne teile ich mit Ihnen in diesem Sessionsrückblick meine Eindrücke aus den letzten drei interessanten Wochen im Bundeshaus.

Folgende Geschäfte wurden im Parlament behandelt (Auswahl):

Umwelt- und Klimapolitik

Beschleunigungserlass. Änderung Energiegesetz ([23.051](#))

Der Beschleunigungserlass hat zum Ziel, die Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren für grosse Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie zu straffen und den Planungsprozess für den Ausbau des Stromnetzes zu vereinfachen. Damit soll die Energiewende und insbesondere die Realisierung der 16 Wasserkraftprojekte von übergeordnetem nationalem Interesse gemäss Stromversorgungsgesetz vorangetrieben werden.

Eigentlich wäre geplant gewesen, die Differenzbereinigung zu diesem Geschäft – um seinem Titel nach fast zwei Jahren Beratung gerecht zu werden – bereits in der Sommersession abzuschliessen. Dazu kam es jedoch nicht, weshalb das Geschäft erst in dieser Herbstsession behandelt und abgeschlossen wurde. Als Kommissionssprecherin der UREK-N war für mich die [Differenzbereinigung](#) aber auch in der abschliessenden [Einigungskonferenz](#) eine sehr intensive Zeit. Zumal lange nicht klar war, ob der Erlass in der Schlussabstimmung tatsächlich durchkommen würde. In der wichtigsten und womöglich auch umstrittensten verbleibenden Differenz zwischen den beiden Räten, nämlich der Abschaffung bzw. Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts für Umwelt- und Naturschutzorganisationen zu den 16 Wasserkraftprojekten, wurde im Ständerat in letzter Minute ein Kompromiss eingebracht, der schlussendlich auch in der Einigungskonferenz eine Mehrheit fand. So sollen Verbandsbeschwerden gegen die 16 Wasserkraftprojekte weiterhin möglich sein. Jedoch können Beschwerden nur noch bis vor das oberste kantonale Gericht und nicht mehr bis vor Bundesgericht gezogen werden. Langjährige Verfahren können mit dieser Lösung um bis zu zwei Jahre verkürzt werden. Der Erlass, der zwischenzeitlich zu scheitern drohte, konnte somit praktisch auf der Ziellinie doch noch gerettet werden – das freut mich sehr.

Ausserordentliche Session zu PFAS ([25.9016](#))

Im Rahmen der ausserordentlichen Session zu PFAS habe ich zu meiner im Juni eingereichten [Motion](#) gesprochen. Sie beauftragt den Bundesrat die Grundlagen zu schaffen, um eine Deklarationspflicht für PFAS zu ermöglichen. In meinem [Votum](#) habe ich ausgeführt, weshalb eine systematische Informationsgrundlage für Käuferinnen und Käufer sowie Anwendende von PFAS-haltigen Produkten aus meiner Sicht sinnvoll ist. Eine Deklarationspflicht schafft Transparenz und befähigt die Betroffenen zu informierten Kauf- und Nutzungsentscheidungen. Sie stellt einen pragmatischen Schritt zur Risikominimierung dar, ohne Verbote zu erlassen. Ein erwünschter



Nebeneffekt einer solchen Deklarationspflicht ist zudem, dass gleichzeitig erste Anreize für Hersteller entstehen, wo möglich auf PFAS-freie Alternativen umzustellen. Die Umsetzung muss jedoch wirtschaftlich tragbar und administrativ einfach sein.

In seiner schriftlichen Stellungnahme von Anfang September hat der Bundesrat ablehnend auf das Anliegen der Motion reagiert. Umso erfreulicher ist es, dass der Nationalrat meine Motion schlussendlich mit 99 Ja gegen 95 Nein Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen hat. Die Motion kommt nun zur Beratung in die Umwelt- und Energiekommission des Ständerates.

Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes (25.3426)

Die Motion der UREK-N - diese geht auf einen Antrag meinerseits zurück, eine gleichlautende Motion wurde dem Ständerat von der UREK-S, initiiert von Ständerat Damian Müller, unterbreitet - will die Vorbildfunktion des Bundes gegenüber den Kantonen in Bezug auf nachhaltige Baustoffe bei öffentlichen Beschaffungen stärken. Der Bundesrat hatte die Motion zur Annahme empfohlen. In meinem [Votum](#) als Kommissionssprecherin habe ich die verschiedenen Positionen dazu erläutert. Im Artikel 10 des Klima- und Innovationsgesetzes ist klar festgehalten, dass Bund und Kantone bei der Umsetzung des Netto-null-Ziels bis 2050 eine Vorbildfunktion innehaben. Aus Sicht der Mehrheit der UREK-N geht dies jedoch zu zögerlich voran, was angesichts des Potenzials bedauerlich ist. Das Volumen der öffentlichen Beschaffungen beträgt jährlich etwa 41 Milliarden Franken, was ca. 6% des Schweizer BIP entspricht. Zwar werden bereits heute in 35% aller Ausschreibungen Kriterien zur Nachhaltigkeit definiert. In der Praxis zeigt sich aber, dass die angewandten Kriterien oftmals nicht ausreichen. Aus Sicht der Kommissionmehrheit werden die nachhaltig produzierten Produkte in den öffentlichen Beschaffungen noch zu wenig berücksichtigt, was für Schweizer Unternehmen zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Unternehmen führt. Der Nationalrat hat die Motion schlussendlich mit 141 Ja gegen 53 Nein Stimmen gutgeheissen und damit an den Bundesrat überwiesen.

Gesellschaftspolitik

Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare: Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen. Volksinitiative (25.018)

Die Volksinitiative der Mitte Partei will in der Verfassung festschreiben, dass die Einkommen von Ehepaaren in der Steuererklärung weiterhin zusammengerechnet und Ehepaare gegenüber unverheirateten Personen steuerlich nicht benachteiligt werden.

In meinem [Votum](#) habe ich meine ablehnende Haltung begründet. Denn obwohl die Initiative an sich einen Aspekt aufnimmt, für den sich die FDP, die FDP-Frauen und ich persönlich in den letzten Jahren stark eingesetzt haben - nämlich die Abschaffung der Heiratsstrafe - schafft sie fast keine Erwerbsanreize und fokussiert damit auf die Einverdienerfamilie - ein Familienmodell, das von der überwiegenden Anzahl der Paare heute gar nicht mehr gelebt wird. Dabei ist der Weg bereits bereitet: Im Juni dieses Jahres hat das Parlament die Volksinitiative und den indirekten Gegenvorschlag zur Einführung der Individualbesteuerung verabschiedet. In dieser Beratung hat sich das Parlament intensiv mit der Aus- und Neugestaltung des Steuersystems befasst. Es kann festgehalten werden, dass die Mitte-Initiative zwar die Mehrbelastungen bei Ehepaaren



abschaffen, jedoch anders als die Individualbesteuerung keine Zivilstandsneutralität herstellen würde. Je nach Konstellation würde die Benachteiligung von unverheirateten Personen gegenüber Ehepaaren in derselben wirtschaftlichen Situation weiter bestehen oder könnte sogar noch verstärkt werden.

Die Individualbesteuerung ist eine zeitgemässe und fortschrittliche Lösung für jetzige und künftige Generationen. Mit der Mitte-Initiative würden wir für die Abschaffung der Heiratsstrafe auf ein im Vergleich zur Individualbesteuerung teureres und vor allem auch ineffizienteres System wechseln: gemäss Berechnungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung deutlich höhere Steuerausfälle von bis zu 1.4 Milliarden Franken pro Jahr, schlechtere bis keine Erwerbsanreize, Schaffung von Unfairness, indem die einen à la carte versteuern können (alternative Steuerberechnung und andere nicht (Konkubinatspaare). Dass im Übrigen dieselben Personen, welche die Individualbesteuerung als «Bürokratiemonster» verunglimpfen, eine alternative Steuerberechnung für Ehepaare fordern, gehört aus meiner Sicht eher in die Kategorie Realsatire.

Weitere Geschäfte

«Keine 10-Millionen-Schweiz». Volksinitiative (25.026)

In der dritten Sessionswoche stand mit der Beratung der Volksinitiative gegen eine "10 Millionen Schweiz" der SVP eine Monsterdebatte an. Verteilt auf zwei Tage, mit über 100 Rednerinnen und Rednern und einer Dauer von mehr als zehn Stunden war es schlussendlich die längste Debatte, die der Nationalrat je geführt hat. Inhaltlich verlangt die Initiative, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz die zehn-Millionen-Grenze vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten darf. Bei einer Annahme der Initiative müssten Bund und Kantone Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ergreifen, insbesondere zum Schutz der Umwelt, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit von Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der Sozialversicherungen. Bei einem Überschreiten der Neuneinhalb-Millionen-Grenze vor 2050 müssen Bundesrat und Parlament Massnahmen im Asylbereich und beim Familiennachzug ergreifen. Bevölkerungswachstumstreibende internationale Abkommen sollen neu ausgehandelt oder ausgesetzt werden. Nach zweijähriger Überschreitung der Zehn-Millionen-Grenze soll zudem das Freizügigkeitsabkommen mit der EU (FZA) gekündigt werden.

Aus meiner Sicht und auch aus derjenigen der gesamten FDP-Fraktion hätte die Initiative massiv negative Folgen für die Schweiz und würde den Wohlstand direkt angreifen. Die Festlegung einer willkürlichen Zahl von 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ist mit Fakten nicht begründbar und blendet die Komplexität des Themas, die Interessen der Schweiz und die Ansprüche des liberalen Schweizer Arbeitsmarktes aus. Zudem würde die Initiative den bilateralen Weg mit der EU aufs Spiel setzen. Dies hätte fatale Folgen. Denn unser Land ist nicht zuletzt aufgrund seiner wirtschaftlichen Offenheit und dem Handel mit unseren Nachbarstaaten reich geworden. Die Personenfreizügigkeit ermöglicht es uns, Fachkräfte, zum Beispiel in der Industrie, der Medizin oder im Bereich der Pflege in unser Land zu holen und damit unsere Wirtschaft funktionsfähig zu halten. Diese Möglichkeit ist ganz besonders in Randregionen oder grenznahen Städten wie Genf oder Basel von grosser Bedeutung.

Die Initiative setzt dieses Erfolgsmodell auf Spiel und würde in einer geo- und weltpolitisch angespannten Lage zu noch mehr Unsicherheit führen. Den Herausforderungen im Bereich der



Zuwanderung kann die Schweiz mit gezielten Massnahmen im Arbeitsmarkt, im Wohnungswesen und im Bereich der illegalen Migration begegnen. Statt populistischer Verfassungszahlen setzt die FDP auf pragmatische, marktwirtschaftliche und zielgerichtete Lösungen: beschleunigte Asylverfahren, konsequente Ausschaffungen, gezielte Fachkräftezuwanderung, mehr Arbeitsanreize (z.B. die Individualbesteuerung), Ausbau von Kinderbetreuung, Anreize für längeres Arbeiten und schnellere Bau- und Infrastrukturprozesse.

Tiefpunkt der Session

Am Freitagmittag der zweiten Sessionswoche erreichte uns eine sehr traurige Nachricht. Unser Ratskollege, der langjährige Zürcher Nationalrat Fredi Heer, war in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag völlig überraschend verstorben. Als wir am folgenden Montag im Bundeshaus zur dritten Sessionswoche zusammenkamen, standen zuerst für einmal das Tagesgeschäft und die Parteipolitik völlig im Hintergrund und es ging nur darum, Mensch zu sein und gemeinsam würdevoll und respektvoll, um einen geschätzten Kollegen zu trauern.

Mein persönliches Highlight

Die Kandidatur zusammen mit Ständerat Benjamin Mühlemann als Co-Präsidium der FDP Schweiz hatte viele zusätzlichen Gespräche, Sitzungen und Medienauftritte zur Folge. So waren wir zum Beispiel in der [Samstagsrundschau von SRF](#) zu Gast. Wir erleben in dieser intensiven Zeit viele bereichernde Begegnungen mit verschiedensten Personen, so insbesondere auch im Rahmen unserer Roadshows. Am 19. September hatten wir die Ehre, in Buchs (SG) – begleitet von der Rundschau (SRF) - zu sein und uns einem uns eher bekannteren Publikum zu präsentieren. Am 23. September reisten wir dann gemeinsam nach Lausanne, wo wir uns mit zahlreichen FDP-Mitgliedern aus verschiedenen Westschweizer Kantonen austauschen durften. An diesem Tag wurden wir auch vom Westschweizer Fernsehen RTS begleitet. Das Resultat ist eine kleine Reportage, welche in der abendlichen [Sendung 19:30h](#) ausgestrahlt wurde. Diese Woche folgt nun noch ein Abend in der Zentralschweiz und Mitte Oktober mit Tessiner Delegierten. Diese Austausch-Formate mit der Basis sind uns sehr wichtig – und wir werden sie in der einen oder anderen Form auch nach der allfälligen Wahl vom 18. Oktober gern weiterführen. Dies bewahrt uns davor, vom berühmten «Elfenbeinturm» aus zu politisieren. Wir freuen uns darauf!

Vielen Dank für Ihr Interesse. Ich freue mich, Ihnen im Winter wieder aus Bern zu berichten.

Herzliche Grüsse,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Vincenz'.

Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP/SG